

gastbeitrag

## Reisefreiheit ohne Überwachung

SUSANNE LEUTEMEGGER OBERHOLZER

### **Die Baselbieter SP-Nationalrätin und Advokatin sagt Nein zur zentralen Speicherung der biometrischen Passdaten.**

Am 17. Mai 2009 werden die Schweizerinnen und Schweizer über die Einführung der biometrischen Pässe, beziehungsweise über das revidierte Ausweisgesetz abstimmen. Dieses besagt, dass ein persönliches Ausweisdokument mit einem elektronischen Datenchip versehen werden kann, und dass der Bundesrat bestimmt, welche Ausweise einen Chip mit biometrischen Daten erhalten.

Die Änderung des Ausweisgesetzes ist eine Konsequenz des Beitritts unseres Landes zum Schengen-Abkommen. Damit sollen ab März 2010 die biometrischen Daten (eine Fotografie und Fingerabdrücke) auf einem RFID-Chip (Radio Frequency Identification Device) in allen neuen Schweizer Pässen gespeichert werden.

**MISSBRAUCHGEFAHR.** Ich war zusammen mit der Mehrheit der Stimmenden vom 5. Juni 2005 für den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen. Folglich bin ich auch für die nötige Anpassung des Ausweisgesetzes. Bundesrat und Parlamentsmehrheit gehen mit der Vorlage aber weit über die Anforderungen von Schengen hinaus. Dies insbesondere in zwei Punkten:

Die zentrale Speicherung der biometrischen Passdaten birgt erstens eine grosse Missbrauchsgefahr. Eine solche zentrale Datensammlung wird denn auch von der Vereinigung der Datenschützerinnen und -schützer abgelehnt. Unsere Nachbarstaaten Deutschland und Österreich verzichten ebenfalls auf die zentrale Datenbank.

Es gibt gar keinen Grund, warum nun ausgerechnet die Schweiz eine derartige Sammlung biometrischer Daten von Millionen unbescholtener Bürgerinnen und Bürgern führen sollte. Sie ist teuer, unnötig und gefährlich. Das lehrt uns auch der Basler Fichenskandal.

**IDENTITÜTSKARTE MIT CHIP.** Mit dieser Vorlage erhält der Bundesrat zweitens die Kompetenz, künftig auch die Identitätskarte mit einem Chip zu versehen, der biometrische Daten trägt. Jeder Mann und jede Frau müssen sich im alltäglichen Verkehr, zum Beispiel bei Post und Bank, ausweisen können. Sollen sie dafür ihre Fingerabdrücke dem Staat abliefern müssen? Das geht endgültig zu weit.

Das Nein-Bündnis gegen diese Abstimmungsvorlage ist breit: Die Jungparteien von FDP, SVP, SP, der Grünen und der EVP sind dagegen. Nein sagen auch SP und SVP. Mit einem Nein zum Ausweisgesetz verlangen wir die Reisefreiheit mit einer Schengen-konformen Regelung, die den Rechten der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trägt.

Das heisst somit: Nein zur zentralen Datenspeicherung der biometrischen Daten der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen keinen Überwachungsstaat. Und es bedeutet Nein zum Chip-Zwang auf der ID: Das Recht auf Wahlfreiheit bei der Identitätskarte muss auch in Zukunft gesichert sein. Wir wollen keinen Biometriezwang.